



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus der Zeit der "Herbstzeitlosen"

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Aus der Zeit der „Herbstzeitlosen“



Fürst Bismarck ist, abgesehen von der Konfliktzeit, niemals vom gesamten Liberalismus, namentlich dem deutschen Bunde, härter angelassen worden, als nach seiner Äußerung vom 14. Juni 1882 im deutschen Reichstage über den Zusammenbruch der Herrschaft der Deutschliberalen in Österreich. Er sagte: „Sehen Sie sich doch weiter um, bei dem uns so eng befreundeten Österreich-Ungarn — ist es denn da leichter geworden, mit dem Parlamente zu regieren? Die sogenannten »Herbstzeitlosen« unter den Deutschen in Österreich haben der Regierung die Möglichkeit, mit den Deutschen zu gehn, ruiniert, aus denselben Gründen, aus denen ich vorgestern behauptete, daß eine Parteiregierung bei uns unmöglich ist, einmal, weil auch dort die Partei nicht stark genug war, und dann, weil jede Partei stets unter dem Eindrucke der Fortentwicklung ihrer Parteirichtung steht. Diese Fortentwicklung findet notwendig in der Richtung ihres Extremis statt, das weitere Fortschreiten erfolgt in der Richtung, der die Partei überhaupt angehört. . . . Der Überbotne wird immer Unrecht bekommen, und die Neuwahlen . . . werden von selbst sich schon dem, der mehr als der frühere auf die Regierung schimpft, zuwenden, und auf diese Weise wird jede Partei — und so ist es auch der deutschen Partei in Österreich, in Bisleithanien, ergangen — durch die Maßlosigkeit doktrinäer Forderungen der extremen Parteigenossen schließlich in die bedauerliche Lage kommen, daß sie die Dynastie nötigt, sich mehr an andre Parteien und Elemente anzulehnen im Interesse ihrer Erhaltung — eine Dynastie, die in Österreich nach ihren ganzen Traditionen, ohne irgendeine Nation zu bevorzugen, ursprünglich doch in den Deutschen das ihr zunächst liegende Instrument zur Regulierung des gesamten Reichs sehen mußte. Ich bitte Sie, meine Herren, sich das Beispiel der Herbstischen Partei in Österreich — der »Herbstzeitlosen« nenne ich sie, weil sie nie etwas zur rechten Zeit getan — sich doch einigermaßen zu Herzen zu

nehmen, wohin eine Parteitaktik führt, in der jeder Führer von morgen den Führer von heute überbietet, nachdem der Führer von heute den Führer von gestern durch Übergebot schon ruiniert hat.“

Diese charakteristische Äußerung stieß auf lebhaften Widerspruch in den liberalen Blättern, denn sie zerstörte eine mit bewußter Absicht geschaffne und sorgsam gepflegte Illusion der öffentlichen Meinung. Bismarck mußte sich sogar deswegen der Schädigung der deutschen Sache zeihen lassen, er, der für die Wiederherstellung des deutschen Namens allein mehr getan hat als ganze Generationen seiner Stammesgenossen. Weil aber die österreichische Verfassungspartei, von der Bismarck dabei sprach, eine deutsche und zugleich eine liberale war, und weil der übliche Zeitungsleser in Deutschland sein Urteil über das deutsch-österreichische Bündnis nur nach seinen Sympathien für die Deutschösterreicher zu richten pflegt, so fand diese Beschuldigung Bismarcks sogar in Deutschland in weiten Kreisen Zustimmung, die deutschösterreichischen Blätter, die ja fast ausschließlich der Parole der Wiener deutschliberalen Presse folgen, waren einstimmig in seiner Beurteilung. Und Bismarck hatte doch nur die Wahrheit und nichts andres gesagt, als was man in Wien in den eingeweihten und selbständig urteilenden Kreisen längst wußte, was sogar seit Jahren das angesehenste Witzblatt, der Figaro, ausgesprochen hatte, der immer die Verfassungspartei als „Verpassungspartei“ bezeichnete. Das zu verhüllen, den aus inneren Gründen mit Notwendigkeit hervorgegangnen Zusammenbruch der Herrschaft der Verfassungspartei als einen politischen Zufall hinzustellen, dem binnen kurzem die Wiederherstellung des deutschliberalen Regimes folgen müsse, das war seit drei Jahren das unermüdliche Bestreben der Wiener Presse gewesen, sie hatte in diesem Sinne die öffentliche Meinung in Österreich bearbeitet und auch in Deutschland allgemein Glauben gefunden. Für diese Mache war es eine bittere Enttäuschung, daß jetzt von einer Seite, deren politische Autorität gar nicht anzuzweifeln war, die Aussichtslosigkeit der Lage der deutschösterreichischen Liberalen und ihre wahre Ursache in kurzen Worten aber mit überzeugender Klarheit hingestellt wurde. Es war freilich kein Wunder, daß man von jener Seite diese Offenheit als Verrat an der deutschen Sache ausgeben wollte. Fürst Bismarck hatte jedoch kein Interesse daran, eine Täuschung bestehn zu lassen, die den Deutschösterreichern nichts helfen konnte, aber geeignet war, sogar in Deutschland Verwirrung anzurichten.

Die Geschichte der politischen Irrungen, durch die die „Herbstzeitlosen“, nachdem die deutschösterreichischen Liberalen doch schon zweimal das Staatsrudern wieder hatten aus der Hand geben müssen, zum dritten und letzten male die Gunst des Geschicks verscherzten, ist nie geschrieben worden, und im einzelnen ist die Welt nicht klar darüber, warum Ende der siebziger Jahre der Fortbestand der einzigen, unter den gegebenen Verhältnissen möglichen deutschösterreichischen Parteiregierung moralisch unmöglich geworden war. Es ist darum gut, daß wenigstens ein Zeugnis Bismarcks dafür vorliegt, daß die

kleinliche Hartnäckigkeit der Deutschliberalen ihnen — freilich auch zum Nachteil des Staates — ihre politische Stellung und sogar die Aussicht auf eine führende Rolle auch für die weitere Zukunft gekostet hat. Sie sind die eigentlichen Schöpfer des „Systems Taaffe“ gewesen, weil sie sich in die Gutheißung des Berliner Vertrags und in die Festsetzung der Armeeorganisation nicht fügen wollten. Bei zwei so wichtigen Staatsnotwendigkeiten mußte von der Regierung der Versuch gemacht werden, wie man das ohne sie zustande bringen könne, und nachdem dies einmal gelungen war, ist bis auf den heutigen Tag noch sehr vieles ohne sie zuwege gebracht worden. Wie Bismarck treffend bemerkt hatte, war der große Fehler der Verfassungspartei ein solcher, wie er den meisten liberalen Parteien eigen ist. Aus Doktrinarismus verschloß man sich in der Regel den Geboten der harten Notwendigkeit, und wenn dann schließlich die Macht der Tatsachen einen Teil der Partei zum Nachgeben gezwungen hatte, war die Wirkung nach oben und nach unten schon verloren. Denn die Opfer, die jetzt von der Bevölkerung doch übernommen werden mußten, nachdem man vorher die Opposition dagegen geschürt hatte, wurden nun mit größerem Widerwillen getragen, als es sonst der Fall gewesen wäre, während die Regierung, statt durch freiwillige Gewährung zu Dank verpflichtet zu sein, in ihrer Zuversicht auf die Opferwilligkeit, die Vaterlandsliebe und die politische Einsicht der Deutschliberalen immer mehr erschüttert wurde. Die ersten Führer und Redner der Verfassungspartei: Herbst, Biskra, Rechbauer, Sturm, Skene u. a. bekämpften regelmäßig die Forderungen für das Heer, sodaß das Armeebudget wiederholt gegen ihre Stimmen von den Polen und den Ultramontanen bewilligt werden mußte. So untergruben aus „freisinnigen“ Bedenken und Behrmeinungen die Deutschliberalen nicht nur das Vertrauen, das sie beim Kaiser genossen, sondern sie entäußerten sich zugleich auch ihres besten Rechts, maßgebend auf die Staatsgeschäfte einzuwirken. Und wenn das noch einen praktischen Zweck gehabt hätte! Aber alles, was die Deutschliberalen ablehnten oder nur nach längerem Zögern annahmen, bezwilligten Polen, Ultramontane und Feudale unverdrossen, denn die Hauptkosten für die neuen Bewilligungen fielen auf die Schultern der Wähler der Deutschliberalen. Das hätten diese auch haben können, ohne durch grundsätzliche Opposition die eigne Regierung zu erschüttern und das Vertrauen der Krone aufs Spiel zu setzen.

Man hat auf dieser Seite nie begriffen, daß man dem wichtigsten aller Titel und Rechte, einer maßgebenden Stellung in der Monarchie, in demselben Augenblick entsagte, wo man sich an Eifer für die Sicherheit und die Großmachtsstellung der Monarchie von den slawischen und andern Mitbewerbern übertreffen ließ. Und noch dazu nutzlos. Denn nur die freisinnige Doktrin hatte man gerettet und behauptet, aber bezahlen mußte man, wofür sich andre lieb Kind gemacht hatten. Man mag es den andern Verteidigern der Verfassungspartei wohl glauben, daß sie den besten Willen hatte, in Österreich

ein ebenso straffes zentralistisches Regiment aufzurichten, wie es drüben in Ungarn bestand und sich immer mehr befestigte, aber daß dieses Ziel vom Standpunkte des vormärzlichen Liberalismus und mit der Technik des französischen Parlamentarismus niemals zu erreichen war, darüber ist sie sich auch nach ihrem Falle nicht klar geworden. Wäre sie das gewesen, so hätte die Verfassungspartei den Sturz des unmöglichen slawischen Ministeriums Hohenwart als Glücksfall auffassen, die Einsetzung des Kabinetts Adolf Auersperg hochhalten und nun wenigstens die Fehler vermeiden sollen, die die Krisen der Jahre 1869 und 1870 hervorgerufen hatten. Statt dessen war aber ihre Selbstüberschätzung und Verblendung so groß, daß sie gar nicht daran zu glauben vermochte, Österreich könne auch ohne sie regiert werden, und annahm, jedes Ministerium müsse so regieren, wie sie wollte. Die Episode Hohenwart hatte sie nicht darüber belehrt, daß es auch andre als deutschliberale Ministerien geben könne, und sie hielt darum einen Ersatz für das Kabinett Auersperg nur aus ihren Reihen für möglich. Bloß aus solcher Verkennung der wirklichen Sachlage ist es erklärlich, daß die Methode des Ministerstürzenwollens, der faktiösen Opposition um dieses Zwecks willen und der liberalen Prinzipienreiterei bei großen Staatsfragen, die keine Verzögerung ertrugen, als politische Weisheit galt und ausschließlich geübt wurde. Daß das Ministerium Auersperg das letzte deutsche sein könnte, ist sämtlichen „Staatsmännern“ der Verfassungspartei niemals in den Sinn gekommen und wurde selbst nach einem Jahrzehnt der vollendeten Tatsache von ihnen noch nicht begriffen. Mit nur ein wenig mehr politischer Voraussicht auf dieser Seite hätte man einsehen müssen, daß die Stärke des deutschliberalen Ministeriums weniger auf den liberalen Lehrmeinungen der Verfassungspartei als vielmehr in der Unterstützung beruhte, die die zahlreiche Vertretung des einflußreichen Großgrundbesitzes dem Ministerpräsidenten Adolf Auersperg zuführte. Diese erst brachte den Verfassungstreuen die notwendige Mehrheit im Abgeordnetenhaus, und diesem Einfluß und Ansehen war es allein zuzuschreiben, daß am Hofe Klerikale und Feudale kein Gehör fanden. Als ob es aber darauf abgesehen gewesen wäre, das Vertrauen der Krone und der der Hofburg nahestehenden Kreise so rasch wie möglich zu erschüttern, überhäuften die Wiener Vorgesetzten diese wichtigste und angesehenste Gruppe der verfassungstreuen Mehrheit bei jeder sich darbietenden Gelegenheit mit den feindseligsten Angriffen.

Wenn man in Österreich eine deutsche Vorherrschaft begründen wollte wie drüben in Ungarn eine magyarische, so mußte man die liberalen Elemente des österreichischen Adels um jeden Preis an sich fesseln. Statt dessen schütteten die fortschrittlichen Redner alles, was die doktrinaire Opposition gegen das eigne Ministerium an Gift und Galle noch übrig gelassen hatte, gegen den Großgrundbesitz aus. Sie wollten ein Parlament von Advokaten und Börsenmännern wie in Paris, sie kämpften nach der liberalen Schablone wider „Junfer und Pfaffen“ und vergaßen, daß sie ohne die liberalen Junfer

nicht einmal die einfache Mehrheit im Abgeordnetenhaus hatten. Die Folgen dieses in doppelter Richtung gänzlich verfehlten Vorgehens traten erst nach der Okkupation von Bosnien mit der Wirkung einer politischen Katastrophe zutage, aber Anzeichen einer Krise waren schon seit Jahren zu bemerken gewesen, von den doktrinären Führern aber nicht als Schwäche der Stellung der Deutschliberalen, sondern als Schwäche des Ministeriums gedeutet worden, das man nach französischem Muster anfeindete, um es zu stürzen. Es bestand ja nicht gerade aus besondern politischen Kapazitäten, aber seine Mitglieder gehörten doch der deutschen Verfassungspartei an; Fürst Adolf Auerberg, an sich durchaus kein Staatsmann, war ein überzeugter Anhänger des zentralistischen Programms der Deutschliberalen und vor allem ein führendes Mitglied des höchsten österreichischen Adels, ohne dessen Unterstützung noch heute kein österreichisches Ministerium Dauer verspricht. Die eigentliche Führung im Kabinett hatte der Minister des Innern, Freiherr von Lasser, einer der tüchtigsten Männer aller Zeiten aus der höhern österreichischen Beamtenhierarchie, aber gerade darum den waschecht doktrinär gefärbten Liberalen verdächtig. Die übrigen Minister waren allerdings so, daß sich viele in der Verfassungspartei berufen fühlen durften, die frei werdenden Portefeuilles übernehmen zu können. Der zerfetzende Ton der maßgebenden hauptstädtischen Presse und das Beispiel des anerkannten Führers der Partei, Herbst, der seinen Ruhm freilich nur in einer rein kritischen und negativen Tätigkeit suchte, waren leider nicht geeignet, den Ton der Mäßigung in der Partei zu fördern. Aus allem ergab sich, daß man fast in jeder einzelnen Frage einen gereizten Kampf mit dem eignen Ministerium führte und es vor aller Welt herabzusetzen suchte, sodaß auf jedem Blatte der Geschichte dieses letzten deutschösterreichischen Ministeriums, wenn sie je geschrieben würde, zu lesen sein müßte, daß die „Herbstzeitlosen nie etwas zur rechten Zeit getan“, und daß es tatsächlich die Folgen des sich gegenseitig Überbietenwollens gewesen sind, die die Deutschliberalen samt dem von ihnen unmöglich gemachten deutschliberalen Ministerium um die leitende Stellung in Österreich gebracht haben.

Die Partei hat jahrzehntelang sorgfältig darüber gewacht, daß über die damaligen Fehler, Manieren und Terrorisierungskunststücke der Führer nichts verlautete. Darum ist den Deutschösterreichern ihre innere Geschichte seit 1859 gänzlich unbekannt geblieben, und deshalb fehlt ihnen die klare Kritik der Gegenwart und die Befähigung zum eignen Urteil. Die deutschliberale Partei hatte allerdings kein Interesse daran, dem Volke eine genaue Kenntnis über die Zeit, wo sie selbst Geschichte gemacht hatte, zu vermitteln, und es war ihr darum in hohem Maße unangenehm, daß Fürst Bismarck mit einem kurzen energischen Griff den Schleier ein wenig hob. Seit der Zeit ist von andrer Seite wenig geschehen, über jene dunkeln Kapitel der parlamentarischen Geschichte Licht zu verbreiten. Auch hier soll nicht der Versuch gemacht werden, in ausführlicherer Darstellung der Taten und Unterlassungen des deutsch-

österreichischen Liberalismus der siebziger Jahre zu gedenken, schon weil dazu der Raum einer Zeitschrift nicht ausreichen würde. Inzwischen ist die Zahl der lebenden Zeugen jener Tage schon sehr gering geworden, und von ihnen ist kaum eine Veröffentlichung zu erwarten. Die mit dem Sturz des Ministeriums Adolph Muerzperg zusammenhängenden Vorgänge sind aber in ihren Folgen für die Deutschösterreicher, und vielleicht für das Deutschthum überhaupt, nicht ohne geschichtlichen Wert, und wenn sich auch später die Aufeinanderfolge der Tatsachen selbst nach Zeitungen und Parlamentsprotokollen leicht feststellen lassen wird, so würde dabei doch das wesentliche Element der „Manieren und Terrorisirungskunststücke“ der Führer von damals gänzlich fehlen, da die Blätter darüber kaum Andeutungen enthielten. Manches wird sich dann nur noch aus Privataufzeichnungen von Zeitgenossen ergänzen lassen. Es wird aber gar nicht nötig sein, alle Einzelheiten festzustellen, sondern einige charakteristische Fälle werden ausreichen, einen Einblick zu gewähren in die Art, wie damals das liberale Deutschthum geführt wurde. Diesem Zweck sollen die nachstehenden Zeilen dienen.

Die Episode, die hier zunächst erzählt werden soll, fällt schon in den Februar 1876. Das Entstehen des Deutschen Reiches hatte eine Wendung in der äußern Politik des Kaiserstaates zuwege gebracht, und daraufhin fiel im Sommer 1871 das föderalistische Ministerium Hohenwart. Der Hauch der Zeit führte die durch das Giskrasche „Trinkgeldersystem“ schwer kompromittierte deutschliberale Partei zum drittenmal ans Staatsruder; es sollte ein neuer Versuch mit dem Liberalismus, diesmal mit der Einführung direkter Reichsratswahlen, gemacht werden. Im liberalen Lager verkannte man vollkommen die wahre Ursache dieser Wendung, man sang zwar noch nicht die „Wacht am Rhein“, aber man fühlte sich doch den siegreichen Stammesgenossen drüben im Reich ebenbürtig oder eigentlich nach der bis 1866 in Geltung gewesenen Anschauung überlegen, man war jetzt ohne blutigen Kampf und anscheinend durch eignes Verdienst wieder oben und wollte die Stammesbrüder draußen nun an wahren Deutschthum, worunter man jedoch nur doktrinären Liberalismus und Antiklerikalismus verstand, noch übertreffen. Preußen und das neue Deutschland galten den Wiener Fortschrittleru eigentlich für recht „reaktionär“. Die tonangebenden Blätter schwelgten in den höchsten Tönen und taten das ihrige, die öffentliche Meinung irrezuleiten und eine grobe Verkennung der wirklichen politischen Verhältnisse herbeizuführen, manchesterliche und Börseneinflüsse setzten sich an die Stelle der deutschen und vergrößerten den Widerwillen der Slaven gegen das deutschliberale System. Im Anfang ließ sich freilich alles herrlich an; der von Deutschlands Milliarden ausgegangne wirtschaftliche Aufschwung trieb in Wien die üppigsten Blüten, und die Wiener Weltausstellung, die zur Feier des fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläums des Kaisers Franz Joseph 1873 stattfand, sollte die großartigen Errungenschaften der neuen liberalen Ära krönen. Es kam aber leider anders.

Die Weltausstellung an sich verlief glänzend, der Besuch war großartig, fast alle Fürsten Europas, unter ihnen Kaiser Wilhelm und Viktor Emanuel, waren erschienen, man hatte Berlin wieder einmal überstrahlt. Aber der äußerliche Glanz der Ausstellung litt nicht wenig durch den noch vor der Eröffnung eingetretenen wirtschaftlichen Krach, der das Volksvermögen um Millionen schädigte, und an dessen Nachwirkungen das Land noch viele Jahre zu tragen hatte. Das war sehr unangenehm, die hauptstädtische Presse, obgleich sie sich selbst nicht schuldlos wußte, brauchte einen Schuldigen und fand ihn nach französischem Muster im Ministerium. Dieses enthielt allerdings Leute, die in der Gründerzeit nicht weniger gesündigt hatten als die Presse selbst, aber das wäre ihnen leicht verziehen worden, wenn sie bereit gewesen wären, nach dem Krache Millionen für die Börse und deren Kostgänger zu opfern. Die Presse forderte es dringend, die liberale Partei wäre zur Bewilligung bereit gewesen, denn sie tat ja alles, was die Presse vorschrieb, nur das Ministerium verhielt sich ablehnend. Damit hauptsächlich hatte es die Gunst der sogenannten öffentlichen Meinung verscherzt, der Kampf der Presse gegen das Ministerium begann und damit auch die Spaltung der Partei in Fraktionen, zunächst in die „Alten“ und die „Jungen“. In der damaligen Wiener Journalistik war unstreitig sehr viel Begabung vorhanden, und sie hätte mit den besten Erfolgen wirken können, wäre ihr Charakter ebenso ausgesprochen gewesen wie die Begabung. Darum ist aber auch ihr Sündenregister doppelt so groß geworden, weil bei so reichen Talenten die größten Erfolge möglich gewesen wären. Wer das parlamentarische Leben jener Zeit kennt, der weiß, wie maßgebend sogar für die einflußreichsten Parlamentarier Lob und Tadel der Zeitungen war, und daß nicht das Parlament die Presse beeinflusste, sondern daß im Gegenteil die Deutschliberalen ihre politische Anregung bei den tonangebenden hauptstädtischen Blättern suchten und fanden. Unter diesen Umständen ging die Wendung der Meinung in der Partei mit raschen Schritten vor sich, und nach kaum einem Jahre war auch die öffentliche Meinung sattfam darüber belehrt worden, daß das Ministerium schleunigst durch ein besseres zu ersetzen sei.

Der Osenheimsche Prozeß und die Beseitigung des Handelsministers Banhans im Frühjahr 1875, eigentlich ein Menetekel für den Börsenliberalismus, nutzten die diesen ergebenen Blätter, um die erregte Volksstimmung von der Gründerwirtschaft abzulenken, direkt gegen das Ministerium aus. Die offenen und versteckten Angriffe richteten sich namentlich gegen den Ministerpräsidenten, dem man Unfähigkeit vorwarf, man witzelte über „das Ministerium Auersperg, genannt Laffer“. Ein Auersperg war freilich schwer zu ersetzen, unter der hohen Aristokratie hätte sich kein Nachfolger für ihn gefunden. Aber lebte denn nicht Papa Schmerling noch, der bekannte „Vater der Verfassung“, dessen Liberalismus doktrinärster Sorte allen Frondeuren gegen das Ministerium recht sein mußte? Er gehörte zwar nicht dem höchsten Adel an,

hatte aber, ohne freilich besondere Erfolge zu erreichen, der Krone zu verschiedenen malen schätzbare Dienste geleistet und konnte oben kaum auf besondern Widerstand stoßen. Während der Reichstagsession im Winter 1875/76 begann die Presse leise, ihn zu „lancieren“. Daß das Ministerium untauglich und darum zu beseitigen sei, darüber waren die Leser schon hinreichend unterrichtet. Es sei Zeit, daß man wieder zum reinen und unverfälschten Liberalismus zurückkehre, wie er zu den glorreichen Zeiten Schmerlings geblüht habe, das jetzige Ministerium, dessen Präsident daheim kirchliche Paramente stücke, leide an klerikalen Neigungen usw. Man sprach schon in Salons und Couloirs unter den Eingeweihten vom kommenden Mann, und es schien sich eigentlich nur noch um den schicklichen Anlaß zu handeln, bei dem der Stein ins Rollen gebracht werden könne. Der Anlaß fand sich freilich nicht so leicht, denn das Ministerium stand bei dem Monarchen, der Veränderungen durchaus nicht liebt, noch im vollsten Vertrauen.

So kam der Februar 1876 heran, und das Ministerium war immer noch nicht gestürzt. Der Wiener Journalisten- und Schriftstellerverein „Concordia“ hielt seinen Festvortragsabend, für den diesmal der berühmte Münchner Jurist Franz von Holzendorff gewonnen worden war. Sein Vortrag sowie das darauf folgende Bankett hatten in der Gartenbaugesellschaft das ganze liberale Wien vereinigt, Journalisten, Abgeordnete und Börsenmänner waren vollzählig versammelt, auch Schmerling war anwesend. Nach dem offiziellen Dank an den Redner und dessen Erwiderung folgten noch einige Gaben liberaler Beredsamkeit, die den üblichen Beifall entfesselten. Zum Schluß erhob sich der zum Unterschied von seinem Bruder so genannte „Schützen-Kopp“, sprach über die Leiden des Liberalismus in der Gegenwart, verkündigte dessen unvermeidlichen Sieg für die Zukunft und schloß mit einem Hoch auf den „Minister Schmerling“. Diese unerwartete Wendung lockte zunächst stürmischen Beifall hervor, dem aber bald ein unverkennbares Unbehagen folgte. Schmerling konnte ja wegen seiner Vergangenheit ganz unverfänglich „Minister“ genannt werden, aber man war eben nicht unbefangen. Das Wortspiel des Redners, der wohl nur als Wissender hatte glänzen wollen, hatte zu viel verraten, die Sache war noch lange nicht weit genug gediehen, daß sie an der Öffentlichkeit verhandelt werden konnte. Vor allem mußte die Eigenart des Monarchen geschont und in Rechnung gezogen werden, daß er sich Ministerpräsidenten durchaus nicht aufdringen ließ. Schmerling hielt zur Erwiderung zwar noch eine Rede zu Ehren des Liberalismus, aber die Stimmung des Spätabends war dahin, man sah in seiner Rede nicht das Programm der ersehnten Zukunft, die durch den unglückseligen Zwischenfall wieder sehr unsicher geworden war.

Der Zustand der Verblüffung hielt an, die Zeitungen halfen sich über die Verlegenheit des Augenblicks leicht hinweg, indem sie den bedeutungsvollen Toast wie alles, was ihnen nicht paßte, einfach totschwiegen; aber in den

politischen Konventikeln rumorte die Sache weiter, einmal an öffentlicher Stelle aufgerührt, konnte der Erörterung darüber nicht gut ausgewichen werden. Nun zeigte sich freilich, wie unreif der ganze Plan noch war, und daß man es nicht für gut hielt, sich öffentlich sehr für ihn zu erwärmen, da sogar von einer in großem Stil angelegten Agitation für ein Ministerium Schmerling bei der augenblicklichen Stimmung in den maßgebenden Kreisen nichts zu erwarten war. Die klugen Leute taten darum, als wüßten sie von nichts, und binnen wenig Tagen war die seit Monaten alles Ernstes betriebene Schmerlingaffäre der Lächerlichkeit verfallen. Einige Tage nach dem Bankett traf einer der „Hofräte“ der Verfassungspartei, der immer nach der Sonnen- seite strebte, den Vizepräsidenten des Ministeriums im Couloir des Abgeordneten- hauses und wollte seine Treue, die in den letzten Wochen durchaus nicht felsenfest gestanden hatte, von neuem glänzen lassen. Lasser mochte indessen der verunglückten Verschwörung nicht noch nachträglich Bedeutung beigelegt sehen. „Aber Schmerling hat doch schon eine Programmrede gehalten“, ver- sicherte der Hofrat. „Ja wissens, lieber Hofrat, erwiderte Baron Lasser, mit sechzig Jahren wird man ein alter Mann, aber mit siebenzig Jahren ist man ein altes Weib“, und ließ den verdutzten Hofrat stehn. Lasser wußte ganz genau, daß eine Intrigue von Journalisten, Börsenmännern und mißvergnügten Abgeordneten das Ministerium Auerberg nicht stürzen werde, auch nicht, wenn sie die Altersseitigkeit Schmerlings zur Hilfe nähme. Der Vorfall zeigt aber, daß schon wenig Jahre nach dem Inslebentreten des deutschen Ministeriums Auerberg das Bestreben der deutschliberalen Partei, sich in der Richtung des Extremis fortzuentwickeln, am Sturz des Ministeriums arbeitete.



Die Entwicklung der optischen Telegraphie

Von A. Hennig in Berlin-Westend



öglichste Schnelligkeit in der Übermittlung wichtiger Nachrichten ist natürlich von jeher ein Ideal der Menschen gewesen. Heute, wo wir uns die Elektrizität dienstbar gemacht haben, um binnen wenig Stunden fast an jeden Ort der kultivierten Erde Nach- richten gelangen zu lassen oder Nachrichten von dort zu empfangen, vermögen wir uns kaum noch ein richtiges, klares Bild von dem frühern, jahr- tausendelangen Zustande zu machen, wo sogar die Kunde von weltererschütternden Ereignissen Wochen und Monate bedurfte, bis sie auch nur in die Nachbar- länder drang. Und doch sind erst wenig Jahrzehnte vergangen, seit die Menschheit gelernt hat, andre Verständigungsmittel als Licht und Schall an- zuwenden, um auf die Gesichts- oder Gehörsphäre eines andern Menschen ein- zuwirken, mit dem man eine Verständigung herbeizuführen wünscht.

Grenzboten IV 1906

74